

CDU-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0105**

Eingang: 28.01.2022

Regulierung des Verkehrs in der Kaiserstraße

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	29.03.2022	19	X	
Planungsausschuss	07.04.2022	12		x

Die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe beantragt:

1. Die Stadt Karlsruhe prüft im Rahmen der Sanierung der Kaiserstraße die Möglichkeiten eines Zufahrtsverhinderungssystems, das darüber hinaus die Voraussetzungen schafft, berechnigte Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer passieren zu lassen.
2. Solange ein physisches Zufahrtsverhinderungssystem noch nicht installiert ist, verstärkt die Stadtverwaltung die Kontrollen zur Sanktionierung des ruhenden Verkehrs in der Kaiserstraße.

Sachverhalt/Begründung

Wir als CDU-Fraktion begrüßen es außerordentlich, dass die Fußgängerzone seit der Eröffnung der Kombilösung schrittweise von Fußgängerinnen und Fußgängern zurückerobert wird. Während Straßenbahnen aus dem öffentlichen Bild der Kaiserstraße verschwinden, kommt es jedoch immer häufiger vor, dass der freigewordene Raum von Fahrradfahrerinnen und -fahrern sowie von Fahrzeugen aller Art zweckentfremdet und besetzt wird.

Derzeit ist es möglich, die Kaiserstraße mit dem Pkw und anderen Fortbewegungsmitteln in voller Länge zu durchfahren. Ohne physisches Zufahrtsverhinderungssystem gibt es kein Instrument, um zwischen berechtigtem und unberechtigtem Verkehr zu unterscheiden. Dabei werden berechnigte Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer in der auf interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, FDP, FW|FÜR sowie KAL/Die PARTEI (Vorlage 2020/0344) novellierten „Satzung über Sondernutzungen in den Fußgängerbereichen“ unter § 4 (Ausnahmen) aufgeführt. Nur ihnen sollte es gestattet sein, die Kaiserstraße zu befahren.

Seit August 2021 liegt der Endbericht „Kaiserstraße-West“ auf Grundlage der Vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB vor. Da im Endbericht nichts davon zu lesen ist, den Verkehr zukünftig in irgendeiner Form zu regulieren, befürchten wir, dass bislang kein physisches Zufahrtshinderungssystem eingeplant ist. Da die Planungen zur Sanierung der Kaiserstraße voranschreiten, erachten wir diesen Zeitpunkt als günstig an.

Insofern fordern wir, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeiten eines physischen Zufahrtsverhinderungssystems prüft. Ein solches muss unserer Ansicht nach die Voraussetzung erfüllen, dass berechnigte Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer die Kaiserstraße passieren können.

Zudem fordern wir, dass die Stadtverwaltung die Kontrollen des ruhenden Verkehrs verstärkt, solange es noch kein physisches Zufahrtshinderungssystem gibt.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Detlef Hofmann

Stadtrat Tilman Pfannkuch